**Thesenpapier zum Verständnis von Staat und Kapital**

**Generelles zum Staatsverständnis**

Sowohl ArbeiterInnen als auch Kapital brauchen den Staat. Das Kapital zur Sicherung der Bedingungen die die weitere Kapitalakkumulation ermöglichen. ArbeiterInnen zur Sicherung ihrer Existenz.

Die zentrale Aufgabe des Staats ist es, die Bedingungen für eine weitere Kapitalakkumulation abzusichern. Er hat selbst ein existenzielles Interesse am Fortleben der Kapitalakkumulation. Nicht weil der Staat idealisch überzeugt oder verfassungsrechtlich verpflichtet ist, sichert er mit oberster Priorität die Kapitalakkumulation stets ab, sondern weil diese seine eigene Existenzgrundlage ist.

Der Staat ist kein Agent des Kapitals. Das Kapital kann und will nicht direkt politisch mitgestalten. Es ist zwar angewiesen auf den Fortbestand der Bedingung für eine weitere Kapitalakkumulation (Reproduktion, Ressourcenverfügbarkeit, Infrastruktur, Rechtssicherheit), kann sich aber selbst nicht um den Fortbestand kümmern, weil das Einzelkapital dafür nicht die zeitlichen und materiellen Kapazitäten hat bzw. sich voll auf den Wettbewerb konzentrieren muss.

Weil die Einzelkapitale sich eben nicht selbst um die Sicherung der Bedingungen der weiteren Kapitalakkumulation bemühen können, braucht es den Staat, der diese Aufgabe übernimmt. In der Ausgestaltung der Sicherung der weiteren Gesamtkapitalakkumulation ist er unabhängig von den einzelnen Kapitalfraktionen und kann sich als Vermittlungsinstanz im Sinne eines Gesamtinteresses auch gegen die Interessen einzelner Kapitalfraktionen richten. Dazu gehört auch die möglichst nachhaltige Regulierung der Akkumulation, andernfalls würde sich das Kapital ungebremst seiner eigenen Existenzbedingungen berauben. Wichtig ist es insbesondere eine unplanbare Eskalation des Klassenkampfes zu verhindern, indem dieser in planbare und rechtlich geregelte Bahnen gelenkt wird. Beispiele hierfür sind die gesetzliche Regelung des Streikrechts, der Parlamentarismus, Sozialpolitik, Geld für Kultur und Jugendverbände. Diese erweiterten Funktionssysteme des Staats, bieten die Möglichkeit, dass sich anbahnenden Konflikt-Eskalationen, die mit Instabilität und Unplanbarkeit einhergehen würden, sich innerhalb des bestehenden Systems und der vorgegebenen Spielregeln ausbalancieren können. An diesem Stabilitätszustand haben auch die ArbeiterInnen ein gewisses Interesse, da sie so ihre bisherigen Erfolge (Tarifverträge, Renten-, Krankheits-, Arbeitslosenversicherungen, Sozialleistungen, Recht auf Urlaub, 8-Stunden-Arbeitstag, Arbeitsschutz) nicht verlieren. Der Staat ist damit gleichzeitig Schutz und Fessel für ArbeiterInnen.

Abseits seiner Funktion, den Fortbestand der Akkumulation zu sichern, hat der Staat auch einen tatsächlichen politischen Spielraum. Nicht jede staatliche Maßnahme verfolgt unmittelbare ökonomische Interessen und kann auch verstärkt politisch motiviert sein. Die politische Sphäre ist jedoch nie unabhängig von der ökonomischen. Entzieht man sich langfristig dem Gesetz der Absicherung der Akkumulation, dann beschwört man den Zorn verschiedenster Kapitalfraktionen (Kapitalflucht) auf sich und ist bedroht, die ökonomische Grundlage für die eigene alternative Politik entzogen zu bekommen. Die Möglichkeiten autonomer Politik sind immer limitiert durch Steuereinnahmen – also durch die Ökonomie – und die staatliche Situation im internationalen Standortwettbewerb.

**Wirtschaftskrisen/ Autoritärer Etatismus**

Wertschöpfungskrisen und Wirtschaftsrezessionen sind immanenter Bestandteil kapitalistischen Wirtschaftens. Wirtschaftsrezessionen bringen die Gefahr von Verelendung und politischem Widerstand und Instabilität durch die betroffene Bevölkerung mit sich. Um diesen Gefahren entgegenzuwirken und die Stabilität und den Fortbestand der Bedingungen der Kapitalakkumulation sicherzustellen ist der Staat mit hohen Investitionen in die Wirtschaft gefragt.

Um Wachstum und Gewinnmaximierung voranzutreiben, steigt der Druck auf Arbeitende, Umwelt, Demokratie und den Staat als konkurrierender Wirtschaftsstandort. Um die daraus resultierenden Krisen zu bewältigen, stellen sich exekutive Institutionen als (kurzfristig) besonders effektiv heraus. So können abseits von demokratischen Verhandlungsprozessen schnell Entscheidungen im Interesse der weiteren Kapitalakkumulation getroffen werden.

Da man sich von marktwirtschaftlichen Mechanismen privater Unternehmen besondere Effizienz und Einsparungen verspricht, werden Aufgaben früher demokratisch kontrollierter Institutionen an den Privatsektor ausgelagert (Bahn, Post, Wohnungsbau, Rentensystem). Dies erzeugt eine verstärkte Abhängigkeit von den Gesetzen des Marktes. Mit solchen Entscheidungen entmachtet sich die Demokratie selbst, indem sie sich zur Marktkonformität verpflichtet und gibt demokratischen Handlungsspielraum auf (z.B. Schuldenbremse als Gesetz, Aktienrente).

Durch die scheinbare Alternativlosigkeit der exekutiv und außerparlamentarisch bereits vor dem Parlament getroffenen Entscheidung, die sich zumeist gegen die Interessen der Bevölkerung richten, kommt es zu einem Hegemonieverlust der Politik innerhalb der Bevölkerung und einem geringeren Vertrauen in demokratische Prozesse. Menschen entfremden sich zunehmend von etablierten Parteien und PolitikerInnen. Beispiele sind etwa die als alternativlos geframte Sparpolitik auf verschiedensten Ebenen und Feldern (Rentenreform, Griechenland).

Die wahrgenommene Einschränkung der Volkssouveränität ist Anknüpfungspunkt für neue rechte Bewegungen und Parteien. Sie adressieren Ohnmachtsgefühle in der Bevölkerung und die Unzufriedenheit mit den politischen Repräsentanten, die als Gestalter einer Politik gegen die Bevölkerung wahrgenommen werden. Von einem neuen Nationalismus verspricht man sich eine Rückgewinnung von einer scheinbar verloren gegangenen Souveränität und Handlungsfähigkeit. Zwar verspricht man sich von neuen rechten Parteien und PolitikerInnen auch materielle Wohlstandsverluste zu stoppen, im Vordergrund steht aber die Hoffnung sich von der vermeintlichen Fremdbestimmung zu befreien. Die Krise wird nicht als eine systematische begriffen, sondern als Plan und Tat einzelner Personen und Personengruppen. Breite Teile der Bevölkerung fühlen sich nichtmehr repräsentiert und entfremden sich von den bestehenden Parteien und politischen Institutionen. Der Staat verliert an Hegemonie. Mechanismen, die insbesondere ab Anfang des 20. Jahrhunderts den Antisemitismus haben hegemonial werden lassen, bringen heute verstärkt einen Anti-Elitarismus hervor.

Etablierte Parteien und PolitikerInnen versuchen vor allem durch Symbolpolitik dem eigenen Hegemonieverlust entgegenzuwirken und installieren auf verschiedenen Ebenen disziplinierende und repressive Strukturen, um vermeidliche Handlungsfähigkeit zu beweisen (Bürgergeldsanktionen, Bezahlkarte für Geflüchtete, Soko Linx).

**Staatenkonkurrenz und Klimakrise**

Auch Nationalstaaten sind kein isolierter Souverän. Sie befinden sich permanent in einem Staatenwettbewerb um die Ansiedlung von Kapital und damit von Arbeitsplätzen für die eigene Bevölkerung und um Steuereinnahmen für die eigene Staatenreproduktion. Die heutige globalisierte Welt verschärft diese Staatenkonkurrenz und reduziert Spielräume politischer Autonomie. Riesige globale Unternehmen sind durch billige und schnelle Transport- und Kommunikationswege heute verstärkt standortunabhängig bzw. standortflexibel. Damit können sie sich einerseits nationalstaatlichen Entscheidungen entziehen und in andere Länder abwandern und finden sich gleichzeitig durch den drohenden Verlust von Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen in einer günstigen Positionen Forderungen an den Staat zu stellen. Beispiele dafür sind milliardenschwere staatliche Subventionen für globale Wirtschaftsunternehmen, die im Gegenzug nationale Arbeitsplätze erhalten oder aufbauen. Auch der Protektionismus als nationalstaatlicher Handelskrieg gegenüber ausländischen Produkten, die die nationale Wirtschaft bedrohen sind ein Beispiel für die Staatenkonkurrenz.

Die Klimakrise ist ein besonders drastisches Problem der Staatenkonkurrenz. Zwar sind alle Staaten grundsätzlich daran interessiert, die eigenen ökologischen Existenzgrundlagen nachhaltig zu erhalten, allerdings birgt ein individuelles Handeln einzelner Staaten gegen die Ursachen der Klimakrise vor allem Nachteile. Ohne ein gemeinsames Handeln aller Staaten ergeben sich für die Staaten, die sich um Klimaschutzmaßnahmen bemühen Nachteile in der Staatenkonkurrenz im Gegensatz zu den Staaten, die die Klimakrise ignorieren, ohne dass ein spezifischer langfristiger Vorteil für das Land daraus entsteht.

Eine Politik, die die Kapitalakkumulation als solche nicht in Frage stellt, wird immer wieder daran scheitern, dass die eigentlich notwendigen Klimaschutzmaßnahmen die eigene Position in der globalen Staatenkonkurrenz schwächen würden und zu einem Wettbewerbsnachteil führen. Dazu ist der Widerspruch zwischen notwendigem Fortbestand von Wachstum und begrenzten Ressourcen im Kapitalismus nicht auflösbar.